Abend-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro GmbH.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg.	Berlin,	Nr.
1936	Mittwoch, 16. Dezember	1685

UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES JAN 5 1937

Vom Führer empfangen.

Berlin, 16. Dezember. Der Führer und Reichskanzler empfing heute Seine Königliche Hoheit Mohamed-Hashim Khan, den Afghanischen Premierminister, der sich zurzeit zu einem inoffiziellen Besuch in Deutschland aufhält.

Weiter empfing der Führer heute den Deutschen Gesandten in Athen Prinz Erbach sowie den Deutschen Gesandten in Oslo Dr. Sahm zur Meldung.

Auftrag an den Reichsstudentenführer.

Berlin, 16. Dezember. Der Reichs- und preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Rust, hat folgenden Erlaß herausgegeben:

„Nachdem eine einheitliche Führung des NSD-Studentenbundes und der Deutschen Studentenschaft hergestellt worden ist, habe ich bis zum Inkrafttreten einer neuen Verfassung der Deutschen Studentenschaft den Reichsstudentenführer Dr. Scheel beauftragt, die Leiter der Studentenschaften und Fachschulfakultäten zu bestellen und abzuberufen. Er oder sein Beauftragter werden sich vor der Bestellung mit den Rektoren bzw. Direktoren in Verbindung setzen.

Ein Beirat des Deutschen Handwerks gebildet.

Berlin, 16. Dezember. Der Leiter des Deutschen Handwerks, Paul Walter, hat einen Beirat des Deutschen Handwerks gebildet, dessen Aufgabe es ist, den Leiter des Deutschen Handwerks bei entscheidenden Maßnahmen zu beraten. Der Beirat besteht aus 5 handwerklichen Verbandsführern, aus 5 im Handwerk tätigen Gefolgschaftsmitgliedern und 2 Vertretern des Hauptamtes für Handel und Handwerk.

Die vom Leiter des Deutschen Handwerks berufenen Mitglieder des Beirates sind Männer, die sich nicht nur um die Bewegung verdient gemacht haben, sondern auch an führenden Stellen im Handwerk tätig sind. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP., Dr. Ley, hat den Beirat des Deutschen Handwerks bestätigt. Berufen wurden:

Als Betriebsführer:

1. Elektromeister Gamer-Worms, stellv. Leiter der Reichsgruppe Handwerk, Landeshandwerksmeister Hessen-Nassau;

2. Malermeister von der Heide-Köln, Reichsinnungsmeister;

3. Bäckermeister Magunia-Königsberg, Landeshandwerksmeister und Handwerkskammerpräsident;

4. Fleischermeister Rehm-Augsburg, Gauhandwerksmeister und Handwerkskammerpräsident;

5. Büstenmachermeister Schnert-Halle, Gauhandwerksmeister, Landeshandwerksmeister und Handwerkskammerpräsident.

Als Gefolgschaftsmitglieder:

1. Schlossergeselle Alfa-München, Gaufachgruppenwalter des Metallhandwerks;

2. Tischlermeister Brotz-Stuttgart, Gaufachgruppenwalter des Holzhandwerks;

3. Zimmergeselle Bolz-Essen, Gauhandwerksmeister, Obersturmbannführer der SA;

4. Bäckermeister König-Hannover, Gauhandwerksmeister;

5. Friseurgeselle Schönberr-Berlin, stellv. Fachschaftswalter des Friseurhandwerks.

Als Vertreter des Hauptamtes für Handel und Handwerk sind Hauptstellenleiter Feit-Berlin und Gauamtsleiter Lehne-Hannover in den Beirat berufen. Die enge Fühlungnahme mit dem Hauptamt für Handel und Handwerk ist im übrigen durch die Tatsache gekennzeichnet, daß ein großer Teil der in den Beirat berufenen Handwerker gleichzeitig Gauamtsleiter des Hauptamtes für Handel und Handwerk ist.

Für die Berufung dieses Beirates war maßgebend, daß es in den vergangenen Jahren im deutschen Handwerk unangenehm empfunden wurde, wenn bei vielen wichtigen Entscheidungen sowohl die Volksgenossen der im Handwerk vertretenen Berufe als auch die Besonderheiten der einzelnen deutschen Gaue nicht in dem erforderlichen Maße Berücksichtigung fanden. Diesem Mißstand wird nunmehr dadurch abgeholfen, daß die Beiratsmitglieder den verschiedenen Handwerksberufen angehören und aus den verschiedensten Teilen des Reiches kommen.

Weiter hat der Leiter des Deutschen Handwerks dem Umstand Rechnung getragen, daß eine Betreuung des Handwerks nur dann erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder in die Spitzenführung maßgebend mitentscheidend mitwirken.

Die Nordische Gesellschaft ehrt Svinhufvud.

Hamburg, 16. Dezember. Das Hamburger Kontor der Nordischen Gesellschaft ehrte den finnischen Staatspräsidenten aus Anlaß seines 75. Geburtstages mit einem Empfang im „Uhlenhorster Fährhaus", an dem die Mitglieder und Freunde der Gesellschaft sowie zahlreiche Vertreter der finnischen Kolonie teilnahmen.

Senator **von Allwoerden**, der Vorsitzende des Hamburg-Kontors, würdigte die große Persönlichkeit des Staatspräsidenten. Kein Volk fühle sich, so sagte er, dem finnischen Volk an diesem Ehrentage mehr verbunden, als das deutsche Volk. In einer Zeit, in der die ganze Welt in einem Umbruch begriffen sei, hätten Finnland und Deutschland die gemeinschaftliche Aufgabe zu erfüllen, einen gemeinsamen Grenzwall gegen den Bolschewismus zu bilden, im Dienste aller europäischen Kulturvölker.

Der finnische Generalkonsul, **Ehrnrooth**, dankte für die Ehrung seines Staatsoberhauptes, der Finnland von russischer Unterdrückung befreite, und wies auf die fruchtbare Arbeit der Nordischen Gesellschaft zur Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern hin.

Tschechisches Blatt für Verbot des „Judenstaat".

Prag, 16. Dezember. Das Abendblatt der Tschechischen Agrarpartei, „Vecer", beschäftigt sich an leitender Stelle mit dem Bericht der reichsdeutschen Blätter über die unerhörte Verherrlichung des Mörders David Frankfurter durch das in Prag erscheinende jüdische Wochenblatt „Der Judenstaat".

Der **Vecer**, der bekanntlich der größten tschechischen Partei dient, weist darauf hin, daß die tschechische Regierung stets scharf gegen jeden Terror aufgetreten sei. In Genf habe sie nach dem Attentat auf König Alexander die schärfsten Maßnahmen gegen den Schuldigen verlangt.

Wörtlich schreibt das Blatt dann: „Wir dürfen niemals gestatten, daß der Revolver als Hilfsmittel in der politischen Diskussion gebraucht werde. Wir sind viel zu exponiert und dulden die deutschen Emigranten dank unserer Marxisten schon viel zu lange, als daß wir unsere Gastfreundschaft zu Angriffen auf die heutige Regierung im Deutschen Reich mißbrauchen lassen dürfen. Im ganzen Nachbarreich wird die Stellungnahme aus dem jüdischen Blatt mit der Bemerkung veröffentlicht, daß das Blatt in der Tschechoslowakei herauskomme.

„Jedermann wird sich fragen, wie es zu einem solchen Angriff bei uns kommen konnte. Etwas derartiges dürfen wir nicht mehr dulden. Es wäre kein Schaden, wenn diese Zeitschrift, die den Verbrecher verherrlicht hat, verboten würde. Man darf nicht zulassen, daß mit Unterstützung der Marxisten die Gastfreundschaft auf eine solche Art mißbraucht und der Mord gefeiert wird. Das widerspricht auch unserer Rechtsordnung. Dieser Artikel ist ein **Verbrechen an guten Nur unserer Republik.**"

Wahlen zur Ersten Kammer in Estland.

Reval, 15. Dezember. Am Sonnabend, Sonntag und Montag haben in Estland Wahlen zur Ersten Kammer der durch den Volksentscheid im Februar dieses Jahres aufgehobenen Nationalversammlung stattgefunden. Für diese Wahlen war das Land in 80 Wahlkreise aufgeteilt worden, die je einen Vertreter zu wählen hatten. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgte in erster Linie durch die in Fühlung mit dem regierungsfreundlichen Vaterländischen Verband stehenden örtlichen Ausschüsse. In 50 Wahlkreisen standen nur die Kandidaten dieser Ausschüsse zur Wahl, womit sich ein Wahlsieg der estnischen 30 Wahlkreise verbunden wurden von außerhalb dieser Ausschüsse stehenden Kreisen jeweils ein bis zwei weitere Kandidaten aufgestellt, so daß in diesen Wahlkreisen gewählt worden mußte.

Das Ergebnis der Wahl zeigt zunächst, daß die Wahlbeteiligung, die durchschnittlich 80 v. H. betrug, geringer war als bei früheren Wahlen. Besonders bei dem Volksentscheid im Februar dieses Jahres. Feststellen ist ferner, daß in etwa einem Drittel der 30 Wahlkreise die Gegenkandidaten gewählt wurden und die Kandidaten der örtlichen Ausschüsse zum Teil recht erheblich in die Minderheit gerieten, so z. B. in dem einzigen der zehn Revaler Wahlkreise, in dem überhaupt gewählt wurde.

Bericht und Aussprache über den Sandschakstreit.

Genf, 16. Dezember. In dem Bericht, den der schwedische Außenminister **Sandler** im Völkerbundsrat über den Sandschakstreit hielt, wird festgestellt, daß über die vom Rat zu ergreifenden Maßnahmen keine Einigung zwischen den Vertretern Frankreichs und der Türkei erzielt werden konnte.

Der türkische Außenminister **Rüschtü Aras** hatte die Entsendung einer neutralen Gendarmerieabteilung unter der Leitung eines Völkerbundkommissars beantragt. Der **Vertreter Frankreichs** hielt solche Maßnahme für ungerechtfertigt. Seinen ursprünglichen Vorschlag, eine Unterhandlung auf beiden Seiten der Grenze vorzunehmen, hielt er nicht aufrecht, beantragte jedoch die Entsendung von Beobachtern in den Sandschak.

Rüschtü Aras erklärte, daß er sich dem Vorschlag in dieser Form nicht anschließen könne. Er gab außerdem die Versicherung ab, daß auf türkischer Seite der Grenze keinerlei militärische Maßnahmen getroffen seien.

Der Bericht stellt dann fest, daß beide Regierungen entschlossen seien, mit allen Kräften auf die Beruhigung der Gemüter hinzuarbeiten. Mit der Entsendung von Beobachtern soll dem französischen Antrag Rechnung getragen werden. Im Sinne dieses Vorschlages haben die Beobachter, deren Auftrag Ende Januar 1937 abläuft, sich lediglich über die Lage zu unterrichten und auf dem laufenden zu halten, um gegebenenfalls dem Rat berichten zu können. Eine Prüfung des Streitfalles selbst, eine Untersuchung über die jüngsten Vorgänge in Alexandrette und Antiochien sowie überhaupt ein unmittelbares Eingreifen sind ausdrücklich ausgeschlossen.

Im übrigen wird davon Kenntnis genommen, daß Frankreich und die Türkei die sachliche Prüfung des Streites auf die Januar-Tagung des Rates verschieben und in der Zwischenzeit unmittelbare Besprechungen in enger Fühlungnahme mit dem Berichterstatter führen wollen.

In der öffentlichen Sitzung begründete der **türkische Außenminister** seine Stimmenthaltung damit, daß die Entsendung von Beobachtern unzulänglich sei. Die Türkei habe die völlige Neutralisierung des strittigen Gebiets vorgeschlagen, damit die Atmosphäre nicht wieder durch Zwangsmaßnahmen gestört werde. Wenn dieser Vorschlag angenommen worden wäre, so wäre sie bereit gewesen, auch auf türkischem Gebiet eine Untersuchung zuzulassen. Dieser Vorschlag sei aber von Frankreich ebenso abgelehnt worden wie der andere, den der Beobachterausschuß durch ein französisches und ein türkisches Mitglied zu ergänzen. Bei der jetzigen Regelung seien die Beobachter ganz auf die Auskünfte der örtlichen Behörden angewiesen, die für die Zwischenfälle verantwortlich seien.

Gegenüber dieser Darstellung bezeichnete der **Vertreter Frankreichs** es als bedauerliches Entgegenkommen, daß Frankreich als Mandatsmacht selbst die Entsendung einer Untersuchungskommission in ein Mandatsgebiet beantragte.

Der **Vertreter Englands** wies auf das besondere Interesse hin, das sein Land als Inhaber eines A-Mandats (Palästina) an der Angelegenheit habe. Er machte von diesem Standpunkt aus einen Vorbehalt gegen die Entsendung von Beobachtern, indem er erklärte, grundsätzlich müsse der Mandatsmacht die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung überlassen bleiben. Bei der Sandschakfrage liege ein besonderer, für die Zukunft nicht maßgeblicher Fall vor, da es sich nicht um innere Angelegenheiten, sondern um einen Streit über die Auslegung eines Vertrages handele.

Rumäniens Vertreter sprach die Hoffnung aus, daß die beiden Länder zu einer befriedigenden Einigung gelangen; denn alles, was die französisch-türkische Freundschaft berühre, interessiere Rumänien unmittelbar.

Der Völkerbundsrat hat den Bericht Sandlers über die einstweiligen Maßnahmen im französisch-türkischen Streit um Alexandrette und Antiochien bei Stimmenenthaltung des türkischen Außenministers angenommen. Danach werden sobald wie möglich drei neutrale Beobachter in den Sandschak Alexandrette entsandt.

Frankreich hat sich verpflichtet, sofort nach Ankunft der Beobachter die Truppenverstärkungen rückgängig zu machen, die vor kurzem im Sandschak Alexandrette vorgenommen wurden. Weiter verpflichtet sich Frankreich, die Ratifizierung des französisch-syrischen Vertrages solange auszusetzen, bis der Rat sich über eine grundsätzliche Stellungnahme zu der Streitfrage ausgesprochen hat.

Portugals Antwort an London und Paris.

Lissabon, 16. Dezember. Das portugiesische Außenministerium hat jetzt den Text seiner Antwortnote auf die englisch-französischen Vorschläge bekanntgegeben.

Eingangs dieser Note heißt es, daß eine genaue Prüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen, die sicher zur Herbeiführung des Friedens und der Zivilisation Europas und der Menschheit dienen sollten, notwendig sei, damit nicht das Gegenteil verursacht werde. Die portugiesische Regierung habe auf Grund ihrer geographischen Lage und möglicher innerpolitischer Auswirkungen der spanischen Wirren bereits mit ihrer Note vom 21. August Vorbehalte wegen ihrer äußeren und inneren Sicherheit gemacht.

Die portugiesische Regierung geht dann auf die Anwerbung von Freiwilligen und Sammlungen zur Unterstützung ein, die trotz der Vorschläge auch anderer Nationen außer Portugal, die dies vermeiden wollten, Tatsache geworden seien. Die Erneuerung solcher Vorschläge unter den gleichen Bedingungen sei daher von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die Anwerbung von Freiwilligen sei nicht durch die öffentliche Meinung erreicht worden, sondern ein Ergebnis von Aeußerungen parteiautoritischer Männer einiger Länder, die offensichtlich Partei nahmen und dadurch natürlich die Gegnerschaft von Staaten anderer politischer Anschauungen hervorriefen.

Portugal lehnt es ab, weitere Maßnahmen zu ergreifen, als die, die es auf Grund seines Beitritts zum Nichteinmischungsausschuß bereits durchgeführt hat, solange nicht andere Staaten ebenfalls Maßnahmen zu ergreifen anschließen. Nach Ansicht der portugiesischen Regierung hätten die vorgeschlagenen neuen Maßnahmen zur Folge, daß die Unwirksamkeit und die ungenügende Kraft der Kommission vor aller Welt bewiesen würden.

Als weitere Folge sei zu verzeichnen, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zur unparteiischen Durchführung gelangen könnten, da ja die tatsächliche Kontrolle nicht der Kommission selbst, sondern den beteiligten Regierungen zustände, die auf Grund ihrer innerpolitischen Bindungen zu einer unparteiischen Durchführung nicht in der Lage seien.

Die Antwortnote besagt weiter, daß in Portugal keine Waffen hergestellt würden, und daß das Land wegen der Bedrohung durch den internationalen Kommunismus gar nicht in der Lage wäre, Waffen abzugeben. Die Regierung sei bereit, der Kommission ihre Mitarbeit zuzusagen, müsse jedoch fremde Einmischung in innere Maßnahmen ablehnen.

Auf die Vermittlungsvorschläge eingehend, betont die Regierung Portugals ihre humane Auffassung. Jedoch müsse man zwischen den Gefühlen wahrer Menschlichkeit und sogenannter „Humanitätsduselei" unterscheiden, die Härten gegen Verbrecher verwerfe und Gesetzlichkeitsgefühl gegen Angriffen des Unternehmertums austehe.

Die Regierung befürchte, daß man beim spanischen Konflikt von falschen Voraussetzungen ausgehe und daher Maßnahmen vorschlagen werde, die von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt seien. Die portugiesische Regierung stellt fest, daß sie keinerlei Beziehungen zu den Anführern in Valencia unterhalte, die alle Autorität einer „regulären Regierung" rechtmäßig und tatsächlich verloren hätten. Andererseits habe sie auch nicht die Nationalregierung in Burgos anerkannt. Die portugiesische Regierung werde sich aber keine Beschränkungen auferlegen, sich anderen Mächten anzuschließen, um das zu Gunsten der spanischen Bevölkerung angefangene Hilfswerk zu erweitern.

In der Hilfe für die Zivilbevölkerung sieht die portugiesische Regierung die Möglichkeit, den Beweis für eine humane Solidarität zu erbringen. Eine weitere Möglichkeit, Hilfe zu leisten, sehe die portugiesische Regierung in der Beschützung Unterlegener nach dem Endsieg.

Eine durch Volksabstimmung zu erreichende Vermittlerrolle halte die Regierung nur für durchführbar, wenn der blutige Konflikt als Kampf zweier Armeen, wobei die Regierungsmacht betrachtet werde und nicht als Kampf zweier Zivilisationen oder der Zivilisation gegen die Barbarei. Die Regierung halte auch die Beendigung des Kampfes ohne den endgültigen Sieg einer Partei für unangebracht, da dadurch der Ursprung zu neuen neuen Uebel geschaffen werden würde. Sie stimmt daher dieser Taktik nicht zu, da schon die Verbreitung einer solchen Idee eine Gefahr für die westliche Zivilisation bedeute.

Sie halte den Vermittlungsversuch nicht nur für zwecklos, sondern sogar für gefährlich, da er die Leidenschaften nur noch mehr entfachen würde.

In Anbetracht all dieser Dinge wage es die portugiesische Regierung nicht, diesem scheinbar großartigen Gedanken ihre Zustimmung zu geben, ganz abgesehen von ihrer prinzipiellen Einstellung dem Waffenverfahren gegenüber, wobei nach der Geschichten wäre, daß die Anlage einer Straflosigkeit denen gegenüber, die den Terror als politische Waffe gebrauchten, unmöglich sei. Sollte die portugiesische Regierung jedoch zu der Ueberzeugung gelangen, daß beide Parteien eine Vermittlung wünschten, so werde sie gern mit den übrigen Regierungen die Form der Vermittlungsaktion prüfen.

Antonescu in Paris.

Paris, 16. Dezember. Der rumänische Außenminister Antonescu ist am Mittwoch in Paris eingetroffen. Er wurde von Außenminister Delbos empfangen. Zu Ehren des rumänischen Außenministers gibt Delbos am Mittwoch ein Frühstück am Quai d'Orsay. Im Anschluß daran beginnen die politischen Besprechungen.

Vormarsch der Nanking-Truppen.

Nanking, 16. Dezember. Wie hier erklärt wird, verlaufen die Operationen gegen die Hauptstadt der Provinz Schensi, Sianfu, planmäßig und ungestört. Gestern Teile der Truppen Tschangkaischeks haben sich bereits ergeben.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.